

Ronald Blaschke, Adeline Otto, Norbert Schepers (Hrsg.), Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin 2010
442 Seiten, 29,90 €
ISBN 978-3-320-02210-5
Reihe: Texte Rosa-Luxemburg-Stiftung, Band 67

Der umfangreiche Band versammelt mehrere Texte von sehr unterschiedlicher Art und Anspruch. Katja Kipping setzt sich in einem kurzen Essay mit grundsätzlichen Fragen zum bedingungslosen Grundeinkommen auseinander. Dabei skizziert sie ihre eigene politisch-philosophische Begründungslinie für die Forderung. Das zeigt präzise ihren Standpunkt, ist aber für die BefürworterInnen eines bge nicht wirklich neu.

Dagegen dürften die vier Beiträge im Schlussteil des Buches auch manchen LeserInnen zu kurz vorkommen, die sich schon länger mit dem Thema befassen. José Iglesias Fernández (Spanien), Ruurik Holm (Finnland), Melina Klaus (Österreich) und Sepp Kusstatscher (Italien) geben einen Einblick in die Debatte zum Grundeinkommen in ihren Ländern. Herausheben möchte ich den Text von Melina Klaus, der darlegt, wie die Kommunistische Partei Österreichs zum Grundeinkommen kam. Zwar ist diese Partei in der Politik ihres Landes nicht sonderlich bedeutsam, aber es ist spannend, wie eine politische Formation, die aus der Tradition der marxistischen Arbeiterbewegung kommt, das Grundeinkommen entdeckt und begründet. Da könnten manche anderen eine Menge von lernen.

Ronald Blaschkes umfangreiche Studie zu verschiedenen Grundeinkommenmodellen, die in der deutschen Debatte eine Rolle spielen, war schon vor Erscheinen des vorliegenden Bandes eigenständig veröffentlicht. Sie bringt also so gesehen zwar nichts Neues, ist aber immer noch sehr brauchbar als Überblick über die Modelle, die dort erfasst sind.

Nach einigen Erörterungen zur Höhe der Transfers in den Modellen und in der deutschen Realität ordnet der Autor verschiedene Ansätze drei Kategorien zu. Als „Grundsicherung“ fasst er bedarfsgeprüfte und mit Bedingungen versehene Transfersysteme und als „bedingungslose Grundeinkommen“ solche Vorschläge, die den vier Kriterien entsprechen, auf die sich das Netzwerk Grundeinkommen verständigt hat: individuelle Anspruchsberechtigung, Bedingungslosigkeit, keine vorgelagerte Bedarfsprüfung und existenzsichernde Höhe. Zwischen diesen beiden liegen Modelle (als „partielle Grundeinkommen“ erfasst), die einzelnen dieser Bedingungen nicht oder nicht vollständig entsprechen. Der Text gibt einen sehr knappen Überblick über Vorschläge, die dem Autor nicht vollständig ausgearbeitet erscheinen, und endet mit einem Ausblick auf mögliche weitere Entwicklungen in Gewerkschaften und SPD.

Nicht alle Autoren der betrachteten Vorschläge werden mit deren bewertenden Zuordnung durch Ronald Blaschke einverstanden sein, aber das zeigt in erster Linie, dass die Debatte darum, was ein bedingungsloses Grundeinkommen leisten müsste, im Fluss ist. Die Zuordnung von Hartz IV, Grund- (Grüne) und Mindestsicherung (Linke) sowie der Bürgergeldmodelle von J. Mitschke und der FDP zu den Grundsicherungen scheint unstrittig, Michael Opielkas Anspruch ging sicher darüber hinaus, auch wenn er vorschlägt, einen Teil des Transfers als Darlehen auszahlend. Auch dass die Vorstellungen von Thomas Staubhaar, Dieter Althaus und den Grünen Manuel Emmler und Thomas Poreski in der Höhe nicht ausreichend sein würden, ist bekannt. Ob aber der Ansatz der Katholischen Arbeitnehmerbewegung und des BDKJ, das Grundeinkommen in ein Konzept einer „Tätigkeitsgesellschaft“ einzufügen, dazu berechtigt, sie nicht als Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens zu betrachten, dürfte umstritten sein.

Interessant ist, dass Ronald Blaschke auch die Überlegungen des bekanntesten deutschen

Protagonisten Götz Werner als nur „partielles Grundeinkommen“ versteht. Seine Bedrängung für diese Sicht macht sich an drei Punkten fest: Werners „bge“ lässt mit seinem Finanzierungsvorschlag die gesellschaftlich destruktive Vermögenskonzentration völlig außer Acht und entlastet die oberen Einkommenschichten unverhältnismäßig stark. Es würde zwar den Kontrollapparat für die Sozial- und Arbeitsverwaltung abbauen, müsste aber einen neuen schaffen, um die Zahlung der Mehrwertsteuer sicherzustellen. Und schließlich wäre die von Werner erwünschte Wirkung, dass das Grundeinkommen zumindest teilweise die Löhne und Gehälter senken sollte, eine massive Subventionierung der Arbeitgeber.

Diese Kritik ist so richtig wie mutig. In großen Teilen der Grundeinkommensbewegung in Deutschland wird Götz Werner als Idol gesehen (auch wenn er selbst das so gar nicht möchte) und Kritik sozusagen als „Majestätsbeleidigung“. Dazu kommt, dass die hier genannten Kritikpunkte mehr oder weniger regelmäßig auch von GegnerInnen des bge angeführt werden. Ronald Blaschke positioniert sich damit in einer engagiert und oft emotional geführten Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung eindeutig. Das wird nicht in allen lokalen Initiativen des Netzwerks Grundeinkommen auf Begeisterung stoßen. Die BefürworterInnen eines bedingungslosen Grundeinkommens in Attac D dagegen werden sich darüber freuen, sind doch die Schwächen des Wernerschen Modells in unserer internen Debatte oft genug ein Grund für das Zögern mancher Attacies mit der Zustimmung zum bge.

Mit knapp dreihundert Seiten nimmt eine Arbeit den allergrößten Anteil des Buches ein, in der Ronald Blaschke die Geschichte der Grundeinkommensidee als eine Geschichte des philosophischen Denkens nachzeichnet. Dabei nimmt er die jeweilig ersten historischen Überlegungen zu bestimmten Aspekten zum Anlass, deren Weiterentwicklung darzulegen und aktuelle Debatten daran zu verdeutlichen. Diese Methode führt dazu, dass selbst einige Dimensionen des Themas, die heute überall präsent sind, neue Facetten gewinnen. Sie treten sozusagen aus ihrem Eingesperrtsein in zeitbedingte Festlegungen heraus und werden wieder spannend. Die LeserInnen mögen zwar manchmal ungeduldig werden, weil sie erwarten, dass rascher zu bestimmten Punkten fortgeschritten werden sollte, die sie aus der täglichen Diskussion kennen, aber genau die Gründlichkeit der Darstellung ist es, die am Ende der Lektüre zu dem befriedigenden Gefühl führt, nun endlich gründlich in viele Bereiche eingedrungen zu sein, die in so manchen Fragen und Diskussionsbeiträgen im hektischen Alltag zwar anklingen, aber nie ausdiskutiert werden.

Die Debatte um das Grundeinkommen ist historisch gesehen eine Reaktion auf die Tatsache, dass die moderne Gesellschaft die allergrößte Zahl der Menschen nicht nur vom Zugang zu den natürlichen Grundlagen des Überlebens abschneidet, also im Wesentlichen dem Land, aber auch Produktionsmitteln, notwendigem Wissen und einigem Anderen. Das war für die allermeisten auch schon in der europäischen Feudalgesellschaft so, aber in dieser hatten die Menschen mehr oder weniger eindeutige Ansprüche auf bestimmte Formen der Versorgung: Der Herr musste seine Hörigen ernähren. Im Gegensatz dazu sind sie im Kapitalismus auf ein Geldeinkommen angewiesen, ohne das es keine Zugänge zu den in Warenform vorliegenden Reichtümern gibt. Und wo soll dieses Geld nun herkommen, fragten einige schon im 18. Jahrhundert, und gaben die Antwort: Die Gesellschaft muss es ihnen garantieren. So unterschiedlich die konkreten Begründungen dafür und die Interessen auch waren, die mit dem Vorschlag bedient werden sollten, eines ist ihnen gemeinsam. Sie verweisen darauf, dass die Menschen allein durch ihre Existenz ein Recht auf Leben und Teilhabe am natürlichen Reichtum haben.

Teilweise im Gegensatz und teilweise in Weiterentwicklung dazu steht eine Gruppe von Grundeinkommensvorschlägen, die aus Überlegungen zur gesellschaftlichen Rolle der Arbeit entstehen. Sie kommen im 19. Jahrhundert auf und spielen bis heute eine große Rolle. Auch sie sind völlig unterschiedlich begründet und bedienen extrem gegensätzliche Interessen, so dass sie auch

vollständig verschiedene Auswirkungen hätten, wenn sie verwirklicht würden. Insoweit hat Ronald Blaschke unbedingt Recht, wenn er die Debatte um das Grundeinkommen als spannend, aber „auch extrem aufklärungsbedürftig“ (S. 16) bezeichnet. Zu dieser Aufklärung leistet das Buch einen sehr umfassenden Beitrag, der im Rahmen einer Rezension nicht nachgezeichnet werden kann. Ich beschränke mich stattdessen darauf, im Folgenden einige wenige Aspekte seiner Darstellung wiederzugeben, die mir besonders gut herausgearbeitet erscheinen.

Durch den gesamten Text, durch jede Einzeldarstellung hindurch zieht sich die Überzeugung des Autors, dass nur ein bedingungslos an alle gezahltes Grundeinkommen menschenrechtlichen Standards genügt. „Bedürftigkeitsgeprüfte Transfersysteme fokussieren die gesellschaftliche Debatte auf die Frage, warum haben diese Gruppen, Personen Anspruch, warum nicht auch die Gruppe X oder die Person Y. Diese Debatten sind schon an sich Debatten, die eine Gesellschaft einem Missgunst- und Verdächtigungsklima aussetzen...Das Argument, dass die Zielgruppen...zu Unrecht Transfers beziehen und dass Nichttransferbeziehende die Leidtragenden (die Steuerzahlerinnen) dieser Ungerechtigkeit seien, hat eine enorme gesellschaftliche Spaltungswirkung. Damit sieht sich ein bedürftigkeitsgeprüftes Transfersystem ständig einem Abschaffungs- und Senkungsdruck ausgesetzt und ist (bewusst) geschürten Missbrauchsdebatten ausgeliefert.“ (S. 35) Diesen Effekt kann man in Deutschland vielleicht besonders intensiv beobachten, augenblicklich an der unsäglichen Hartz IV-Debtte geradezu exemplarisch. Das ist aber nicht einem besonders neidischen oder böartigen Charakter der deutschen Öffentlichkeit, Medien oder Politik geschuldet, sondern unausweichlich mit dem System der Bedürftigkeitsprüfung verbunden. Lösbar ist das Problem nur mit einer Auszahlung der Transfers an alle, um danach die „Anstrengungen auf eine Auswahl der zur Kasse Gebetenen“ zu konzentrieren „und auf eine weitere Umverteilung nach der Auszahlung des Grundeinkommens an alle“ (S. 93).

In der Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens spielt regelmäßig der Bezug auf die Karl Marx zugeschriebene Vorstellung eine Rolle, dass Erwerbsarbeit eine zentrale Form der gesellschaftlichen Teilhabe sei. Neben der Tatsache, dass ein Grundeinkommen die Erwerbsarbeit erst mal keineswegs beseitigen würde, ist dabei aber die Widersprüchlichkeit der Argumentation auffällig. Da wird behauptet, wenn „es ein Grundeinkommen (gäbe), so würden die Menschen nicht mehr arbeiten wollen. Im gleichen Atemzug wird aber die angeblich persönlichkeitsförderliche, befriedigende und identitäts- und integrationsstiftende Arbeit hochgelobt.“ (S. 192) Marx hatte das durchaus differenzierter gesehen und André Gorz ist zuzustimmen, wenn er feststellt: „Das unabdingbare Bedürfnis nach einem sicheren und ausreichenden Einkommen ist eine Sache, das Bedürfnis zu werken, zu wirken und zu handeln, sich an anderen zu messen und von ihnen anerkannt zu werden, eine andere, die weder in der ersten aufgeht noch mit ihr zusammenfällt. Der Kapitalismus dagegen verkoppelt diese beiden Bedürfnisse systematisch, verwirrt und verschmilzt sie und gründet darauf die Macht des Kapitals und seine ideologische Vorherrschaft. Keine Tätigkeit, die nicht von jemandem in Auftrag gegeben und bezahlt wäre, kein ausreichendes Einkommen, das nicht die Entlohnung einer 'Arbeit' wäre.“ (S. 74f) So ungern sie es hören mögen, hier wird deutlich, dass auch die linken VollbeschäftigungsprotagonistInnen nichts Anderes verteidigen als die kapitalistischen Klassenverhältnisse. Wer sie abschaffen wollte, müsste das, was im Buch „Marktarbeit“ heiß, nicht ändern oder verteilen, sondern abschaffen.

Nachdem Ronald Blaschke eine ganze Reihe weitere Fragen von ähnlich grundsätzlicher Bedeutung abgehandelt hat, kommt er zu einer zusammenfassenden Bewertung in sieben Punkten: „1. Das Grundeinkommen muss eine Umverteilung von oben nach unten bewirken. 2. Das Grundeinkommen ist mit verschiedenen Ansätzen tarifpolitischer und gesetzlicher Marktarbeitszeitverkürzung, mit einem Mindestlohn und dem Ausbau dekommodifizierter öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen zu verbinden. 3. Das Grundeinkommen soll euro- und weltweit eingeführt werden. 4. Dort, wo gegeben, sind die Sozialversicherungssysteme durch Grundeinkommen zu ergänzen und weiterzuentwickeln, z. B. in Form von

Bürgerinnenversicherungen. 5. Genderpolitische Fragen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, geschlechtergerechte Umverteilung von Erwerbsarbeit und Verteilung von Haus-/Familien-/Sorgearbeit, Chancengleichheit in Bildung, Erwerbsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement sind dringend zu lösen. 6. Alle Bereiche der Öffentlichkeit sind radikal zu demokratisieren...7. Die Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise ist dringend ökologisch nachhaltig zu gestalten.“ (S. 282)

So sehr dem Autor hier zuzustimmen ist, so bedauerlich ist es, dass er vergisst zu erwähnen, dass genau diese Punkte ausnahmslos zu den Forderungen der Attac-AG genug für alle gehören. Wir sind damit wahrscheinlich die einzige Organisation in Deutschland, deren Grundeinkommenskonzept nicht nur die hier genannten Anforderungen vollständig erfüllt, sondern beispielsweise auch ausdrücklich Umverteilung von Nord nach Süd oder notwendige Veränderungen aus behindertenpolitischer Sicht einfordert. Überhaupt fallen für eine so gründlich argumentierende und detailgenaue Arbeit wie die vorliegende ein paar Lücken besonders auf. Das betrifft durchgängig die Teile der Grundeinkommensbewegung aus einem eher linken und linksradikalen Hintergrund. Wertkritische Überlegungen tauchen im Buch an keiner Stelle auf, obwohl mit André Gorz ein möglicher philosophisch-politischer Intermediator immer wieder ausführlich zitiert wird. Auch die Darstellung des Operaismus beschränkt sich auf Hadt/Negri, der Philosoph und engagierte Grundeinkommensbefürworter Karl Reitter etwa findet keine Erwähnung. Und auch das linksradikale Bündnis, das 1999 den Existenzgeldkongress organisierte, kommt nur am Rande vor.

Getrübt wird er Lesegenuss auch durch eine insgesamt schlampige, widersprüchliche und uneinheitliche Lektorierung, die dem Autor natürlich nicht zuzurechnen ist. Ansonsten ist das Buch nicht nur eine umfassende Informationsquelle zur Geschichte der Grundeinkommensidee, sondern es gibt auch Argumentationslinien und Debattenstränge ausführlich wieder, deren Kenntnis in der aktuellen Auseinandersetzung um das Grundeinkommen hilfreich und wichtig sind. Es ist faktenreich und gründlich, die Darstellung spannend und lesefreundlich, also rundum zu empfehlen.